



## **WEED *Ilisu-update***

**September 2005**

\*\*\*\*\*

- \*\* Europäische Delegationsreise erfolgreich genutzt**
- \*\* Siemens muss VA-TECH Hydro verkaufen**
- \*\* Umsiedlungsplan und Umweltstudien für Oktober erwartet**
- \*\* Geheimhaltungspolitik und Augenwischerei gehen weiter**
- \*\* Hasankeyf / Ilisu- Plattform gegründet!**
- \*\* Solidaritätszug nach Hasankeyf**
- \*\* Blockadepolitik der Deutschen Bundesregierung kritisiert**
- \*\* Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne**

### **\*\* Europäische Delegationsreise erfolgreich genutzt**

Im Juni 2005 hat WEED gemeinsam mit der Erklärung von Bern (Schweiz), ECA-Watch Austria (Österreich), FERN (Belgien) und den aktiven Gruppen in der Türkei eine Delegationsreise organisiert, um die Kritik aus der Türkei nach Europa zu holen. In Berlin, Brüssel, Zürich und Wien machten die drei türkischen Delegierten auf Podiumsdiskussionen und Pressekonferenzen sowie in Gesprächen mit VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft ihre Kritik an dem geplanten Ilisu-Staudamm und dem Vorgehen der türkischen Regierung und den beteiligten Unternehmen deutlich.

In Gesprächen in Brüssel forderten die Delegierten VertreterInnen aus der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament dazu auf, in den ab Oktober beginnenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf die Umsetzung menschen- und umweltrechtlicher Standards auch im Südosten der Türkei hinzuwirken. Weitere Gespräche fanden mit ParlamentarierInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich statt. Auch konnten die Delegierten ihre Kritik gegenüber Vertretern der beteiligten Firmen und Exportkreditagenturen, die über eine finanzielle Absicherung der beteiligten Firmen entscheiden werden, vorbringen.

**Handan Coskun**, Leiterin des staatlichen Frauenzentrums DIKASUM in Diyarbakir, berichtete über die hoffnungslose und schwierige Situation vieler tausender Menschen in der Region,

die aufgrund von bereits durchgeführten Staudambauten und militärischer Gewalt ihre Dörfer verlassen mussten. Für die betroffenen Menschen waren Vertreibung und Umsiedlung gleichbedeutend mit einer massiven Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Sie hatten keine andere Wahl, als in die Slums der umliegenden Städte zu ziehen. Selbst in den Fällen, in denen aufgrund von Umsiedlung durch Staudämme von der Regierung Kompensationszahlungen geleistet wurden, reichte dies lediglich für die Deckung der notwendigsten Lebensmittel in der Anfangszeit aus. In den Slums der ohnehin völlig überfüllten Städte finden die Menschen kaum Arbeit und viele Frauen werden in die Prostitution getrieben. Handan Coskun berichtet über die erschreckend hohe Zahl an Selbstmorden unter den Vertriebenen. Nicht nur eine materielle Verschlechterung der Lebensverhältnisse sind die Folge von Umsiedlungsmaßnahmen in der Region, sondern auch die Erfahrungen von kultureller und sozialer Entwurzelung und die fehlende Zukunftsperspektive.

Ein ähnliches Schicksal wird auch den 78 000 Menschen bevorstehen, die von einer Umsiedlung durch den Bau des Ilisu-Staudamms betroffen sein werden. Dies würde die ohnehin schon dramatische Situation in vielen Städten in der Region durch weitere Tausende von Vertriebenen verschlimmern.

#### - Zum Hintergrund -

Schon einmal, 1997, erhielt ein Konsortium unter deutscher, schweizerischer und österreichischer Führung von der türkischen Regierung den Auftrag, den Ilisu-Staudamm zu bauen. Doch die Umsetzung des nahe der Grenze zu Syrien und dem Irak geplanten 1.5 Milliarden-US-Dollar-Projekts wurde 2002 auf Grund internationaler Proteste zunächst aufgegeben. Umweltschützer, Menschenrechtsaktivisten und Archäologen hatten deutlich vor den katastrophalen Folgen des auf kurdischem Gebiet geplanten Projekts gewarnt: die Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost, die Zerstörung bedeutender Kulturgüter, die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung sowie die Vernichtung noch weitgehend intakter Ökosysteme.

Siehe auch: <http://www.weed-online.org/themen/hermes/71394.html>

**Arif Arslan**, Herausgeber der Zeitschrift Cagdas Gazetesi, kritisierte die Pläne der türkischen Regierung, eine der ältesten bewohnten Orte der Erde in den Fluten des Stausees begraben zu wollen. Das kulturelle Erbe Hasankeyfs ist von hoher wissenschaftlicher und kulturhistorischer Bedeutung. Es sind faszinierende Bauwerke aus 20 verschiedenen Kulturen erhalten. Aufgrund des ungeheuren kulturellen Reichtums wird Hasankeyf auch als „lebendiges Museum“ bezeichnet. Arif Arslan betont jedoch, dass Hasankeyf nicht nur als Kulturgut der Menschheit, sondern auch als ein Ort der besonderen ökonomischen, kulturellen und historischen Bedeutung für die Bewohner sowie des kurdischen Volkes von unschätzbarem Wert ist. Der Gründer des Vereins zur Rettung von Hasankeyf forderte die türkische Regierung auf, die Stadt Hasankeyf zu erhalten und auf die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes zu setzen. An die Europäer richtete er die klare Aufforderung, ihn im Kampf um die Erhaltung Hasankeyfs zu unterstützen.

**Özgür Gürbüz**, Energieexperte von Greenpeace, machte deutlich, dass der Ilisu-Staudamm nur aufgrund von fehlenden Umwelt- und Menschenrechtsstandards realisierbar sei. Er entkräftigte das Argument der türkischen Regierung, der Ilisu-Staudamm sei für die Energiegewinnung der Türkei von zentraler Bedeutung. Er führte demgegenüber an, dass der ausschließlich zur Stromerzeugung vorgesehene Ilisu-Staudamm mit einer geplanten Leistung von ca. 3800 Gigawatt überflüssig sei. Mit der Durchführung von Energiesparmaßnahmen und der Sanierung des ineffizienten Verteilernetzes, durch das ca. 21 Prozent des produzierten Stroms verloren geht, wäre eine erhebliche Steigerung des Energieaufkommens möglich.

Die Türkei ist zudem reich an Sonnen-, Wind- und Bioenergie. Dieses Potential für die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien ist noch weitgehend ungenutzt. Özgür Gürbüz kritisierte den ineffizienten und risikoreichen Entwicklungspfad, den die türkische Regierung bei der Energieversorgung eingeschlagen hat.

Eine klare Forderung richteten alle drei Delegierten an die am Staudambau beteiligten Unternehmen wie Siemens, VA-Tech Hydro und Züblin: Den sofortigen Ausstieg aus diesem Skandalprojekt!



#### - Das Staudammprojekt -

Kosten: über 1 Mrd. US-Dollar  
Höhe: 138 Meter / Überflutete Fläche: 313 km<sup>2</sup>  
Länge der Staumauer: 1820 Meter  
Lebensdauer: 50 – 80 Jahre  
Die Folgen:  
→ Umsiedlung und Vertreibung von bis zu 78 000 Menschen;  
→ Überflutung von 15 Kleinstädten und 52 Dörfern, darunter die historische Stadt Hasankeyf;  
→ massive ökologische Folgekosten;  
→ Verschärfung des Wasserkonflikts im Nahen Osten.

### \*\* Siemens muss *VA-Tech Hydro* verkaufen

Am 13. Juli 2005 fiel die Entscheidung der EU-Kommission: Siemens darf den größten österreichischen Technologiekonzern VA-Tech übernehmen. Damit endete eine monatelange Übernahmeschlacht, die im Winter letzten Jahres begonnen hatte. Der Übernahmepreis betrug gut 1 Mrd. Euro.

Doch das Gerangel um die Firma, die den hochumstrittenen Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei federführend bauen soll, ist damit noch nicht zu Ende. Die EU-Kommission machte den Verkauf der lukrativen Wasserkraftsparte der VA-Tech (VA-Tech Hydro) aufgrund wettbewerbsrechtlicher Bedenken zur Bedingung für die Genehmigung der Übernahme. Siemens wurde eine Frist von acht Monaten eingeräumt, um die VA-Tech Hydro, den europäischen Marktführer bei Turbinen und Generatoren für Wasserkraftwerke, zu verkaufen.

Derzeit wird noch an der „Verkaufsstory“ für die VA-Tech Hydro gestrickt. Am 16. September sollen die von Goldman Sachs erstellten Verkaufsunterlagen für die Hydro an alle potentiellen Interessenten verteilt werden. Der Verkauf wird jedoch erst zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden. Es gibt bereits mehr als ein Duzend Interessenten, die meisten aus Österreich, jedoch sind auch ausländische Investoren dabei. Eins gilt als sicher: Siemens wird nicht an einen unmittelbaren Konkurrenten im Wasserkraftgeschäft verkaufen. Als idealen Käufer für die VA-Tech Hydro stellt sich Siemens einen Finanzinvestor mit „industriellem Background“ vor.

### ***Keine Entwarnung für die deutsche Außenwirtschaftsförderung***

Die deutsche Außenwirtschaftsförderung ist mit dem anstehenden Verkauf der VA-Tech Hydro keineswegs aus dem Spiel. Als deutsches Unternehmen ist die **Ed Züblin AG**, eines der großen deutschen Bauunternehmen mit Niederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland und Hauptsitz in Stuttgart am Konsortium beteiligt. Die Züblin AG soll vor

Ort Bauarbeiten ausführen. Ein Antrag auf Deckung bei der deutschen Exportkreditagentur Euler Hermes gilt als wahrscheinlich.

Doch es gibt noch eine weitere Option: Deutschland war im alten Konsortium durch die geplante Turbinenlieferung einer Ravensburger Niederlassung von Hydro Sulzer<sup>1</sup> involviert, die einen Exportkredit in Höhe von 150 Millionen DM bei der deutschen Exportkreditagentur Euler Hermes beantragte.<sup>2</sup> Diese Ravensburger Niederlassung ist eine der führenden Hersteller von Wasserturbinen und seit 1999 Tochterunternehmen der VA-Tech Hydro. Es wäre also nicht verwunderlich, wenn die **VA TECH ESCHER WYSS GmbH** in Sachen Ilisu-Staudamm einen zweiten Versuch startet.

### Übernahmekarussell

<b>1997</b>	Die Türkische Regierung übergibt den Auftrag für den Bau des Ilisu- Staudamms an <b>Hydro Sulzer</b>
<b>1999</b>	Hydro Sulzer wird von <b>VA-Tech</b> übernommen und als neuer Teil der Wassersparte bei der VA-Tech eingegliedert
<b>2000</b>	Hydro Sulzer heißt von nun an <b>VA TECH ESCHER WYSS</b>
<b>2004</b>	<b>Siemens</b> versucht die VA-TECH zu übernehmen
<b>2005</b>	Siemens übernimmt VA-TECH, muss <b>VA-TECH Hydro</b> verkaufen
<b>2006</b>	neuer Eigentümer von VA-TECH Hydro

### **Verzögerung für den Bau des Ilisu-Staudamms?**

Bis zum Verkauf wird die *VA-Tech Hydro* von einem unabhängigen Treuhänder geführt, der die Geschäftsführung und den Verkaufsprozess überwachen soll. Aufgrund der Geheimhaltungspolitik aller Beteiligten gibt es derzeit keine gesicherten Informationen darüber, ob es durch den Verkaufsprozess zu einer Verzögerung beim Bau des Ilisu-Staudamms kommt.

Jedoch deutet alles darauf hin, dass *business as usual* aufrecht erhalten wird. Die VA-Tech Hydro versichert ihren Kunden, dass die Geschäfte „wie bisher“ weiterlaufen werden. Auch Siemens hat deutlich gemacht, dass sie an einem Käufer interessiert sind, der das Geschäft der VA-Tech Hydro „so wie es ist weiter zu führen beabsichtigt“. Anders ausgedrückt: der Bau des Ilisu-Staudamms ist im Übernahmepaket enthalten. Mit vollen Auftragsbüchern lässt sich die VA-Tech Hydro besser verkaufen. Es wird ein Verkaufspreis von ungefähr 300 Millionen Euro erwartet.

### **\*\* Umweltstudien und Umsiedlungsplan für Oktober angekündigt**

Das neue Konsortium hält sich über den aktuellen Planungsstand des Ilisu-Staudamms ebenso bedeckt wie über den genauen Verhandlungsstatus mit der türkischen Regierung.

Angekündigt werden lediglich „neue, wesentlich verbesserte Umweltstudien“, die nach international geltenden Richtlinien und Standards von OECD und Weltbank angefertigt werden

<sup>1</sup> Die Hydro Sulzer war Konsortialführer des alten Konsortiums, das bereits vor 5 Jahren den Ilisu-Staudamm bauen wollte. 1999 wurde die Hydro Sulzer von der VA-Tech Hydro übernommen.

<sup>2</sup> Die Frage, ob dieser Exportkredit gewährt werden soll oder nicht, führte zu erheblichen Kontroversen. Die deutsche Bundesregierung hatte sich 2001 nicht explizit gegen eine finanzielle Unterstützung des Skandalprojekts ausgesprochen. Vielmehr hatten sich die beteiligten Unternehmen aufgrund der öffentlichen Kritik an dem Staudambau aus dem Geschäft zurückgezogen.

sollen. Die dabei behandelten Schwerpunkte sind laut Konsortium die Wasserqualität im Stausee, die Gewährleistung ausreichender Abflussmengen und der Erhalt von Kulturgütern (insbesondere Hasankeyf). Auch wird derzeit ein Umsiedlungsplan erstellt, die Einhaltung von Weltbank-Standards wird angekündigt. Alle Dokumente sollen im Oktober fertig gestellt sein, weitere Informationen werden derzeit nicht in die Öffentlichkeit geben.

Das Konsortium steuert nach Aussage des schweizerischen Konzerns Alstom für die Erstellung der Berichte 25 Millionen Euro bei. Das macht deutlich, welche Gewinne durch eine Beteiligung am Staudammbau erwartet werden.

Die Umweltstudien und der Umsiedlungsplan werden einen zentralen Stellenwert für eine mögliche finanzielle Unterstützung durch Exportkreditagenturen haben. Erst nach dem Vorliegen der Umweltstudien, die im Oktober 2005 erwartet werden, beabsichtigen die beteiligten Firmen Antrag auf Deckung bei den infrage kommenden Exportkreditagenturen (ECAs) aus der Schweiz, Österreich und Deutschland einzureichen. Es wurden jedoch bereits informelle Anfragen an die Schweizer ERG und die Österreichische Kontrollbank gestellt.

### **Das Konsortium**

**Va Tech Hydro/ Siemens**  
(Österreich/Deutschland)  
unter der Beteiligung der Unternehmen  
**Ed Züblin AG** (Deutschland),  
**Alstom** (Schweiz),  
**Lider Nurol Bau und Handels AG** (Türkei)  
**Cengiz Bau** (Türkei)  
**Celikler Bau AG** (Türkei)

## **\*\* Geheimhaltungspolitik und Augenwischerei gehen weiter**

Ungeachtet der Versprechen der Einhaltung internationaler Standards und Richtlinien verhindert die Geheimhaltungspolitik der türkischen Regierung und der beteiligten Unternehmen jegliche wirksame öffentliche Kontrolle des Ilisu-Staudammprojekts. Informationen über den aktuellen Stand der Planungen sind nur schwer zu beschaffen.

Genau das scheint auch die Strategie zu sein: alles zu tun, um den Bau des Ilisu Staudamms nicht wieder Scheitern zu lassen. So werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit alle wesentlichen Maßnahmen eingeleitet und vorbereitet, um dann möglichst nach der Veröffentlichung der für Oktober angekündigten Umweltstudien und des Umsiedlungsplans zügig mit dem Bau beginnen zu können. Bereits Ende Oktober/ Anfang November soll der vom Militär gesicherte Baustellenort des Ilisu-Staudamms an das Konsortium übergeben werden.

### **Wiederholung alter Fehler und Versäumnisse**

Doch trotz der angekündigten Verbesserungen im Projektdesign und den Studien bestehen nach wie vor erhebliche Defizite bei der Umsetzung der Mindeststandards von Weltbank und OECD.

Im neuen Projektbericht von 2004 hatte die türkische Regierung zum Beispiel Verbesserungen hinsichtlich des Umgangs mit der antiken Stadt Hasankeyf versprochen. Im Projektbudget sind 30 Millionen Euro für die „Rettung“ der wertvollen Stadt vorgesehen. Allerdings bedeutet dies für die türkische Regierung nicht, dass Hasankeyf nicht geflutet werden soll. Vielmehr verspricht die türkische Regierung, einige der Kulturschätze zu „retten“, indem diese an einem anderen Ort wie-

#### **Homepage der türkischen Regierung:**

„Die Siedlung von Hasankeyf wird vollständig unter den Stauwassern des Ilisu-Damms versinken und damit alle dort existierenden Kulturgüter. Die dort ausgeführten archäologischen Arbeiten versuchen, die Kulturgüter über und unter der Erde zu retten, zu dokumentieren und nach Möglichkeit in Sicherheit zu bringen.“  
<http://www.gapturkiye.gen.tr/deu/kultur/index.html>

der aufgebaut werden. ArchäologInnen aus der Region weisen jedoch darauf hin, dass es absolut unmöglich ist, in den 7 Jahren, die für den Bau des Ilisu-Staudamms vorgesehen sind, auch nur die aller wertvollsten Kulturgüter zu retten. Außerdem ist Hasankeyf als „lebendes Museum“ mit seinen vielen gewachsenen Höhlen und filigranen Belegen mittelalterlicher Baukunst und archäologischen Schätzen nicht einfach an einem anderen Ort aufzubauen.

Darüber hinaus sind die Kulturschätze in dem Überflutungsgebiet bei weitem nicht auf Hasankeyf beschränkt. Dies ist in den jetzigen Planungen überhaupt nicht berücksichtigt worden. Weder wurden Schätzungen oder Messungen der vorhandenen Kulturgüter vorgenommen, noch ist eine Rettung anvisiert. Viele dieser Jahrhunderte alten kostbaren und geschätzten Kulturgüter werden also einem ökologisch und sozial katastrophalen Staudammprojekt mit einer Lebensdauer von ca. 50 Jahren zum Opfer fallen.

Darüber hinaus wird von Experten erhebliche Kritik an den bereits durchgeführten Ausgrabungen (2002 – 2004) in Hasankeyf geübt. Durch eine unprofessionelle Vorgehensweise seien u.a. bei Vermessungen erhebliche Schäden an den Kulturgütern verursacht worden. Eine angemessene Erfassung und Bemessung der vorhandenen Kulturgüter sei nicht erfolgt.

Nach neuesten Informationen wurden die vor kurzem begonnenen Ausgrabungen vor Ort wieder eingestellt – aufgrund von Geldmangel. Das macht deutlich, wie ernst die „Rettung von Hasankeyf“ wirklich genommen wird.

Erhebliche Zweifel bestehen auch hinsichtlich der Ankündigungen „erheblich verbesserter“ Umweltstudien. Weder in Europa noch in der Türkei konnten bisher nähere Informationen über die Umweltstudie beschafft werden. Es wird nicht bekannt gegeben, welche Firma mit der Erstellung dieser zentralen Dokumente beauftragt ist, noch welche Daten aufgenommen oder wie der Prozess der Erstellung der Studien vorstatten geht. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit der Gutachter. Bereits bei der alten Umweltverträglichkeitsprüfung, die auf Druck der britischen Regierung im Jahr 2002 überarbeitet worden war, wurden in mehrfacher Hinsicht Weltbank- und OECD-Richtlinien, z.B. über die Veröffentlichung von Informationen oder die Behandlung kulturellen Eigentums, gebrochen. Es gibt Hinweise, dass ausländische Gutachter Teile des alten, mangelhaften Berichts schlicht aktualisieren.

### ***Von Transparenz und Partizipation keine Spur***

Die internationalen Erfahrungen mit Infrastrukturprojekten vom Ausmaß des geplanten Ilisu-Staudamms zeigen deutlich, dass Konsultationen mit der betroffenen Bevölkerung und ein damit einhergehender Einfluss auf die Projektplanung unabdingbar sind, damit ein ausreichender Schutz ihrer Interessen gewahrt werden kann. Im Falle des Ilisu-Staudamms wurden angekündigte Konsultationen bis heute nicht durchgeführt. Nach wie vor bestehen massive Informationsdefizite, relevante Informationen werden gar nicht bzw. nur unzureichend in die Öffentlichkeit gegeben. Die Probleme vor Ort wurden auch durch eine Delegationsreise von WEED und FERN im Juli diesen Jahres bestätigt, bei der Gespräche und Interviews mit BewohnerInnen aus betroffenen Dörfern, mit ArchäologInnen, mit VertreterInnen lokaler Behörden und von Vereinen durchgeführt wurden.

Die staatliche Wasserbehörde (DSI) hat für die Erstellung eines Umsiedlungsplans die Firma ENCON beauftragt. In einer „Informations-Broschüre“ von ENCON, die in der betroffenen Region verteilt wird, heißt es, dass die Kreisstadt Hasankeyf, 95 Dörfer und 104 Weiler (insgesamt 200 Siedlungen) komplett oder teilweise überflutet werden. Alles was nicht abgebaut und wiederaufgebaut werden kann, soll verstaatlicht werden. Ferner werde daran gearbeitet, dass die Betroffenen sich auf dem Land oder in der Stadt neu ansiedeln können. Derzeit

werden nach Angaben der Regierung für Hasankeyf und die anderen von Überflutung bedrohten Ortschaften und Städte neue Ansiedlungsorte gesucht.

Die betroffenen Menschen werden in diesen Prozess in keiner Weise einbezogen. Über die Umsiedlung von Hasankeyf haben keinerlei Konsultationen mit der betroffenen Bevölkerung oder lokalen Behörden stattgefunden. Der Bürgermeister von Hasankeyf wurde nicht einmal zu einer in Ankara stattfindenden Versammlung eingeladen, in der es kürzlich um eben diese Fragen ging.

Statt der eigentlich angekündigten Konsultationen werden dubiose Befragungen im Rahmen der Erstellung des Umsiedlungsplans vorgenommen, deren Ergebnisse bisher nicht veröffentlicht wurden. Laut Berichten erfolgen

***Ein Umsiedlungsplan sollte integraler Bestandteil der Vorbereitungen von Staudammprojekten sein. Einen ernstgemeinten Umsiedlungsplan zu erstellen würde bedeuten, von Dorf zu Dorf zu gehen, um die Menschen über die geplanten Maßnahmen ausführlich zu unterrichten, damit sie sich ein Meinung bilden können und die Möglichkeit haben, diese auch in die Planungen einzubringen. Doch der Bau des Ilisu-Staudamms ist längst beschlossene Sache. Die derzeitige Praxis bei der Erstellung des Umsiedlungsplans macht deutlich, dass die türkische Regierung aus der Kritik am alten Umsiedlungsplan nichts gelernt hat: die Interessen der betroffenen Menschen bleiben außen vor.***

diese von ENCON im Einzugsgebiet des Ilisu-Staudamms durchgeführten Befragungen völlig unsystematisch und stichprobenartig. In der Regel werden die Männer in einer Familie befragt, die Frauen nicht. Bewohner von Dörfern, die sich klar gegen den Staudambau ausgesprochen haben und ihr Land nicht verlassen wollen, müssen sich den langwierigen ENCON Befragungen unterziehen und haben keine Chance, ihre Meinung zu artikulieren.

ENCON-Mitarbeiter haben versucht, mit subtilen Wohlstandsbotschaften Zustimmung zum Ilisu-Staudammprojekt zu erhalten. Es wurden Fragen gestellt wie „Wollt ihr nicht in ein schönes, größeres Haus ziehen?“. Bewohner eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf äußerten sich besorgt über die Herangehensweise der ENCON Mitarbeiter. „Vor kurzem wurden wir in eine lokale Polizeistation bestellt, dort wurde uns mitgeteilt, dass wir unser Dorf innerhalb von sieben Jahren verlassen müssen und das war alles.“ (Gespräch mit Bewohnern eines Dorfes in der Nähe von Hasankeyf, WEED/FERN Delegationsreise Juli, 2005)

Für eine Einschätzung der durchgeführten Befragungen ist wichtig zu berücksichtigen, dass eine freie Meinungsäußerung aufgrund der problematischen Menschenrechtssituation vor Ort nach wie vor eingeschränkt ist. Zwar hat sich die Lage seit 2000 im Osten und Südosten der Türkei tendenziell verbessert, jedoch werden noch immer zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen registriert. Die Einschüchterungs- und Repressionsmethoden finden jetzt auf einer subtileren Ebene statt. Viele Menschen trauen sich noch immer nicht, frei ihre Meinung zu äußern oder offenen Protest zu üben.

## **\*\* Hasankeyf / Ilisu- Plattform gegründet!**

Am 16. Juni 2005 hat sich in Diyarbakir die Staudamm-Plattform gegründet. Ziel ist die systematischere Vernetzung und Zusammenarbeit verschiedener, sich gegen den Bau von Staudämmen auf kurdischem Gebiet engagierender Vereine, Organisationen und Einzelpersonen. In den von aktuellen Staudammprojekten (Ilisu, Zap, Munzur und Hakkari Staudämme) bedrohten Gebieten haben sich unabhängige Gruppen formiert, die ihren Protest organisieren, Informationen austauschen und gemeinsame Positionen erarbeiten wollen.

Teil dieses neuen Netzwerks ist die am 21. Juni 2005 in Diyarbakir gegründete **Hasankeyf/Ilisu-Plattform**. Sie dient als Koordinierungsstelle für diejenigen aktiven Gruppen, die sich gegen den Bau des Ilisu-Staudamms zur Wehr setzen. Sie wollen die Flutung der antiken Stadt Hasankeyf verhindern und die Öffentlichkeit über die ökologisch und sozial ungerechte Planungskonzeption und -umsetzung informieren, die internationale und nationale Richtlinien verletzt.

## **\*\* Solidaritätszug nach Hasankeyf**

Ende August erreichte ein aus Istanbul kommender Solidaritätszug für Hasankeyf die Provinzstadt Batman, der insgesamt 3 Tage in der Türkei unterwegs war. Die 300 Passagiere, darunter viele KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und NaturschützerInnen, besuchten noch am gleichen Tag die vom Untergang bedrohte antike Stadt Hasankeyf. Dort wurden sie von den BewohnerInnen von Hasankeyf, dem Bürgermeister Vahap Kusen und den Mitgliedern des „Vereins zur Rettung von Hasankeyf“ herzlich in Empfang genommen. Die BesucherInnen zeigten sich von der archäologischen, historischen und ökologischen Reichhaltigkeit des Ortes beeindruckt. Deutlich brachten sie ihren Protest gegen die Zerstörung der denkmalgeschützten Stadt zum Ausdruck.

Der vom Umweltverein (Doga Dernegi) und der Zeitschrift „Atlas“ organisierte Solidaritätszug zeigt, dass Hasankeyf über seine Stadtgrenzen hinaus ein wichtiges kulturelles und historisches Zentrum darstellt, dessen geplante Vernichtung in der ganzen Türkei Proteste auslöst. Den Erhalt der Stadt haben VertreterInnen aus Kultur und Politik sowie von Umweltverbänden und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen auf ihre politische Agenda gesetzt. Weitere Protestaktionen sind zu erwarten.

Weitere Informationen (auf türkisch): <http://www.hasankeyfesadakat.com/>

## **\*\* Blockadepolitik der Deutschen Bundesregierung kritisiert**

Im Rahmen einer im Mai 2005 verabschiedeten Initiative zur Förderung Erneuerbarer Energien planen die Regierungen der OECD eine vergünstigte Kreditvergabe für den Bau von Staudämmen. In der von Nichtregierungsorganisationen (NGO) begrüßten Initiative soll die weltweite Nutzung von nachhaltigen Energiequellen wie Wind, Sonne oder Geothermie durch längere Rückzahlungszeiten für Exportkredite unterstützt werden. NGOs kritisieren jedoch aufs Schärfste, dass die Subventionsmechanismen ebenso für Großstaudämme gelten sollen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben leider gezeigt, dass die derzeitigen OECD- und Weltbank-Standards zum Schutz der Umwelt und der betroffenen Menschen nicht ausreichen, um massive Umweltverschmutzen und Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Staudambauten zu verhindern.<sup>3</sup> ECAs sollten deshalb nur dann Staudammprojekte unterstützen, wenn diese nach den Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD)<sup>4</sup> geplant und durchgeführt werden.

Bis jetzt ist noch keine Einigung darüber erzielt worden, ob - und wenn ja welche - zusätzlichen Regelungen für Staudämme im Rahmen der Initiative zur Förderung Erneuerbarer Energien gelten sollen. Diskutiert wird eine Verschärfung der geltenden Umweltrichtlinien der OECD für ECAs, der so genannten „Common Approaches“. Doch die stärkste Opposition gegen eine Verschärfung der OECD-Umweltrichtlinien kommt ausgerechnet von der deutschen Regierung. Diese pocht gemeinsam mit der österreichischen Regierung darauf, alles beim Status Quo zu belassen. Damit blockiert sie nicht nur jedweden Fortschritt in Sachen

<sup>3</sup> [http://www.eca-watch.org/problems/fora/oecd/ECAW\\_reportondams\\_2sept05.pdf](http://www.eca-watch.org/problems/fora/oecd/ECAW_reportondams_2sept05.pdf)

<sup>4</sup> Die auf Initiative der Weltbank einberufene Weltstaudammkommission hat im Jahr 2000 Kriterien für Großstaudämme vorgelegt, die international von KritikerInnen und Befürwortern von großen Staudammprojekten begrüßt wurden. [www.dams.org](http://www.dams.org)



Umweltverantwortung bei der Exportförderung, sondern sie spielt der Großstaudammlobby bei der Aushöhlung bestehender Regulierungen in die Hände.  
Eine Entscheidung wird bei der OECD am 10./11. Oktober 2005 erwartet. Es könnte dramatische Folgen haben, wenn sich die Bundesregierung durchsetzt: eine bevorzugte Förderung des Ilisu-Staudamms und vieler anderer Skandalprojekte unter dem Label sauberer Energien.

Weitere Informationen: <http://www.eca-watch.org>

---

## **\*\* Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne**

### **→ Wer wir sind:**

Wir arbeiten für Nichtregierungsorganisationen in Österreich, Belgien, Großbritannien, der Schweiz und Deutschland, die alle Teil der internationalen Kampagne für die Reform von Exportkreditagenturen sind.



### **→ Was wir tun:**

Wir sehen unsere Aufgaben darin, Exportkreditagenturen (ECAs) zu beobachten, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und auf die Einhaltung und Reform ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards hinzuwirken. Wir arbeiten mit Menschen zusammen, die in anderen Ländern von durch ECAs finanzierte Infrastrukturprojekte betroffen sind und unterstützen sie. Wir organisieren Protest und stellen kritisches Wissen bereit.

### **→ Was wir fordern:**

Wir fordern höhere Umwelt- und Sozialstandards sowie Transparenz in der Exportförderung und versuchen betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen und Forderungen an die Entscheidungsträger in den finanzierenden Ländern weiterzutragen.

### **→ Ziele der Ilisu-Kampagne sind:**

- die Exportkreditagenturen durch öffentlichen Druck davon abzuhalten, den Bau des Ilisu-Staudamms zu unterstützen;
- die beteiligten Unternehmen dazu aufzufordern, ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung nachzukommen;
- die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei für die Einhaltung ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer EU-Standards zu nutzen sowie
- den lokalen Protest vor Ort zu unterstützen.

### **→ Beteiligte europäische Organisationen:**

WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (Berlin); FERN (Brüssel); ECA-WATCH Österreich (Wien); Erklärung von Bern, (Zürich); Corner House (London); Kurdish Human Rights Project (London)

\*\*\*\*\*

### **Für weitere Informationen:**

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung  
Daniela Setton [daniela.setton@weed-online.org](mailto:daniela.setton@weed-online.org) , 030/275 96 643

Torstr. 154  
D-10115 Berlin  
Tel: ++49-(0)30-27582163  
Fax: ++49-(0)30-27596928

Bertha-von-Suttner-Platz 13  
D-53111 Bonn  
Tel. +49-(0)228-766130  
Fax: +49-(0)228-766 1313

E-Mail:  
[weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)  
Internet:  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

Bankverbindung:  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 100 205 00  
Konto 3220600